

► Allgemeines

Behinderte Beschäftigte. Der Anteil schwerbehinderter Menschen an den Beschäftigten des Bundes lag im Jahr 2003 bei 7,1 %, wie aus dem Bericht der Bundesregierung über die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Dienst des Bundes (15/5921) hervorgeht. Bei 298 115 Beschäftigten des Bundes waren 21 094 Schwerbehinderte angestellt, davon 35,1 % Frauen. Bei den privaten Arbeitgebern blieb die durchschnittliche Beschäftigungsquote Schwerbehinderter im Jahr 2002 im gesamten Bundesgebiet mit 3,4 % unverändert. In einem weiteren Bericht nimmt die Bundesregierung zur Situation behinderter und schwerbehinderter Frauen und Männer auf dem Ausbildungsmarkt Stellung (15/5922). Im Ausbildungsjahr 2003/2004 habe die Bundesagentur für Arbeit 72,9 % der behinderten jugendlichen Bewerber und Bewerberinnen in Ausbildungsstellen und 24,5 % in Alternativangebote wie berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen vermittelt. Mindestens die Hälfte der behinderten Jugendlichen werde außerbetrieblich ausgebildet. Wegen fehlender Betriebsnähe sei es für diese Jugendlichen jedoch oft schwierig, nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung einen Arbeitsplatz zu finden. *Quelle: Das Parlament Nr. 32/33*

Förderpreis Altenhilfe. Eine Gesellschaft, in der die Menschen immer älter werden, muss auch neue Lösungen für ein lebenswertes Leben im Alter entwickeln. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. als bundesweites Forum der Sozialen Arbeit schreibt daher erstmals den „Cäcilia-Schwarz-Förderpreis für Innovation in der Altenhilfe“ aus. Der Preis richtet sich an jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bis zum 40. Lebensjahr, die in einer wissenschaftlichen Arbeit innovative Entwicklungen, neue Wege und Erkenntnisse in der Altenhilfe aufzeigen, mit denen älteren Menschen für lange Zeit ein hohes Maß an selbstständigem Leben ermöglicht werden kann. Der Preis ist mit 3 000 Euro dotiert. Der Bewerbungszeitraum endet am 31. Dezember 2005. Ein Kuratorium aus namhaften Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft und der Seniorenpolitik wird über die Preisvergabe entscheiden. Ausführliche Informationen unter: www.deutscher-verein.de/verein/002-Ausschreibungen

Geschlechterperspektive in der Selbsthilfe. Hrsg. Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. Selbstverlag. Gießen 2005, 106 S., kostenlos *DZI-D-7185* Selbsthilfegruppen und Kontaktstellen beginnen, sich mit dem Geschlechterthema zu beschäftigen. Die vorliegende Broschüre will in einem weiteren Schritt dazu beitragen, die fachliche Diskussion zu verbreitern und somit Vernetzung und Vertiefung ermöglichen. Sie dient damit der Qualifizierung und Weiterentwicklung der fachlichen Selbsthilfeunterstützung. Die Leserinnen und Leser finden Informationen über Gender und Gender Mainstreaming, über das Problem, Frauen und Männer im Geschriebenen sicht-

bar werden zu lassen, verschiedene Beiträge über Gender und Selbsthilfe, über die Gender Arbeitsgruppe der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. und Beiträge von Frauen und Männern aus Selbsthilfegruppen mit jeweils geschlechterspezifischer Sicht. Bestellschrift: KOSKON NRW, Friedhofstr. 39, 41236 Mönchengladbach, Tel.: 021 66/24 85 67, Fax: 021 66/24 99 44 E-Mail: selbsthilfe@koskon.de

Ratgeber Recht. Wie finden Verbraucher und Verbraucherinnen den richtigen Anwalt? Wann und wie klagt man vor Gericht? Wer trägt die Kosten eines Verfahrens? Antworten auf diese Fragen gibt der neue Ratgeber „Recht haben – Recht bekommen“ der Verbraucherzentralen. Er zeigt Wege zu verlässlichen Informationen und einer kostengünstigen Rechtsberatung, beschreibt Möglichkeiten einer außergerichtlichen Streitbeilegung, erklärt verschiedene Gerichtsverfahren und erläutert, unter welchen Voraussetzungen Prozesskostenhilfe beansprucht werden kann. Im Anhang findet sich eine ausführliche Adressenliste mit Verbänden und Vereinen, die beim Rechtsstreit weiterhelfen können. Der Ratgeber ist über die Verbraucherzentralen für 7,80 Euro oder über Tel.: 0180 500 14 33 (0,12 Euro/Minute) zuzüglich 2,50 Euro für Porto und Versand zu beziehen. *Quelle: Helfer, Die Zeitschrift der Arbeiterwohlfahrt in Bayern 7-8/2005*

► Soziales

Hinzuerdienst bei Arbeitslosengeld II. Ab 1. Oktober 2005 können Empfänger und Empfängerinnen von Arbeitslosengeld II (ALG II) mehr hinzuverdienen. Darauf verständigen sich Regierung und Opposition auf dem so genannten Job-Gipfel. Zusätzlich zu einem Grundfreibetrag von 100 Euro bleiben 20 % des Bruttoeinkommens von bis zu 800 Euro monatlich anrechnungsfrei. Darüber hinaus beträgt der Freibetrag 10 % des Bruttoeinkommens bis zu einer Grenze von 1 200 Euro für Arbeitslose ohne Kinder beziehungsweise 1 500 Euro für Arbeitslose mit Kindern. Außerdem profitieren ALG-II-Hilfeempfangende von sinkenden Sozialabgaben, die bisher zum größten Teil von der Agentur für Arbeit einbehalten werden. Im Ergebnis werden die verfügbaren Einkommen erwerbstätiger Zuschussempfängerinnen und -empfänger mit der Neuregelung geringfügig höher sein als bisher. *Quelle: Deutsche Angestelltenzeitung 4/2005*

Werkstatt BBJ. 20 Jahre Beratung und Projekte in der internationalen Arbeitsmarkt-, Jugend-, Sozial- und Strukturpolitik. Hrsg. Manfred Schneider. Selbstverlag. Berlin 2005, 289 S., EUR 19,50 *DZI-D-7250* In diesem Band wird der sukzessive Aufbau einer Beratungs- und Dienstleistungsorganisation parallel zur gesellschaftlichen und politischen Entwicklung nachgezeichnet. Es werden die Zusammenhänge, die thematischen Bezüge, die politischen beziehungsweise gesellschaftspolitischen Verknüpfungen vieler staatlicher und nichtstaatlicher Einrichtungen gezeigt und hierin einbezogen die Handlungsmaximen der jeweils handelnden Personen. Es wird deutlich, welch immenses Innovationspotenzial die vergangenen 20 Jahre der Entwicklung des Sozialstaates bereitstellen vermochten. Bestellschrift: BBJ Verlag Vertrieb, Hildburghäuser Str. 19B, 12279 Berlin, Tel.: 030/721 42 48, Fax: 030/721 81 18, E-Mail: vertrieb@bbj.de

Armut erhöht das Sterberisiko. Im von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt „Objektive und subjektive Gesundheit in Deutschland“ (OSGID) beschäftigten sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Technischen Universität Berlin mit dem Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Gesundheit in Deutschland, von subjektiver Gesundheitsbeurteilung und Mortalität sowie mit dem Einfluss des Rauchens und der Frage, ob Arbeitslosigkeit ein Gesundheitsrisiko darstellt. Anhand von Daten des Lebenserwartungssurveys des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung konnten Sterberisiken von 3 497 Männern und 3 200 Frauen im Alter zwischen 31 und 69 Jahren analysiert werden. Diese waren im Jahr 1984 unter anderem zu ihrer sozioökonomischen Lage sowie zu ihrem Gesundheitszustand befragt worden. Bis zum Jahr 1998 waren von diesen Befragten 616 Männer und 285 Frauen verstorben. Statistische Auswertungen ergaben, dass die geringere Lebenserwartung in unteren sozialen Schichten teilweise durch ein ungünstigeres Gesundheitsverhalten (zu Beispiel höherer Zigaretten- und Alkoholkonsum, Übergewicht, geringe sportliche Aktivität, seltenere Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen) erklärt werden kann. „Das Sterberisiko ist aber auch unabhängig vom Gesundheitsverhalten in den unteren sozialen Schichten deutlich erhöht“, sagt Stephan Müters, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt. Die materielle und persönliche Lebenssituation, in die das individuelle Gesundheitsverhalten eingebettet ist, hat wesentlichen Einfluss auf die Mortalität. Der Ergebnisbericht des Forschungsprojekts ist im Internet unter www.ifg-gs.tu-berlin.de/projekte/osgid/index.html einzusehen. Weitere Informationen erteilt Stephan Müters am Institut für Gesundheitswissenschaften, Fachbereich Gesundheitssoziologie der Technischen Universität Berlin, Tel.: 030/314-794 31, E-Mail mueters@ifg.tu-berlin.de

Sozialbericht 2005. Eine Zusammenfassung der für den Berichtszeitraum relevanten Gesetze und Neuerungen findet sich im Sozialbericht 2005, den das Bundeskabinett Mitte August beschlossen hat. Der rund 200 Seiten starke Bericht gibt außerdem einen Überblick über Stand und Entwicklungstendenzen der gesamten Sozialpolitik der Bundesregierung. Bedingt durch die Verkürzung der 15. Legislaturperiode musste dabei auf den Teil B des Sozialberichts, das Sozialbudget, verzichtet werden. Die ausführliche statistische Beschreibung der sozialen Sicherungssysteme entfällt daher ebenso wie die mittelfristige Prognose der Sozialleistungen und der Materialband. Der Bericht ist über das Internet unter www.bmgs.bund.de/deu/gra/publikationen/p_19.php zu beziehen.

► **Gesundheit**

Alternativer Weltgesundheitsbericht. Der erste alternative Weltgesundheitsbericht, der Global Health Watch 2005-2006, stellt Informationen und Schlussfolgerungen vieler großer und kleiner Gesundheitsbewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen, Ärzte sowie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zusammen. Der Report kam unter anderem mit Unterstützung der Frankfurter Hilfsorganisation medico international zustande. Er zeichnet ein auskunftreiches Bild der Weltgesundheit im Zeichen fortschreitender Globalisierung aus der Perspektive der Betroffenen im Norden wie im Süden. Der Global Health Watch analysiert darüber hinaus das Handeln internationaler Organi-

sationen, so das der WHO, der Weltbank, des IMF und der WTO und fordert grundlegende Reformen. Der Bericht kann über die Website von medico international (www.medico.de) heruntergeladen werden.

Zur Situation von Menschen mit Behinderungen in Europa. Statements aus vier europäischen Ländern. Hrsg. Berufsverband der Heilpädagogen e.V. BHP-Verlag, Berlin 2005, 71 S., keine Preisangabe *DZI-D-7222*

Die vorliegenden Referate beschäftigen sich mit der Situation von Menschen mit Behinderungen in Europa am Beispiel Österreichs, der Schweiz, der Slowakei und Deutschlands. Die Referentinnen und Referenten setzen sich mit den Lebensbedingungen und den Chancen auseinander, aber auch den Einschränkungen und Barrieren, die für Menschen mit Behinderungen noch immer nicht überwunden sind. Sie werfen einen kritischen Blick auf die professionellen Ansätze in der Unterstützung und Betreuung der Personengruppe und auf die Ausbildungssituation von Pädagogen und Pädagoginnen. Bestellanschrift: Berufsverband der Heilpädagogen e.V., Michaelkirchstr. 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, Fax: 030/40 60 50 69, E-Mail: info@heilpaedagogik.de

Kosten der Heimpflege. Nach der aktuellen Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes waren Ende des Jahres 2003 in der höchsten Pflegeklasse III für vollstationäre Pflege und Unterbringung im Mittel monatlich 2 675 Euro an das Pflegeheim zu entrichten. In der Pflegeklasse II betrug der durchschnittliche Vergütungssatz 2 250 Euro und 1 824 Euro in der Pflegeklasse I. Hinzu kommen können weitere Ausgaben für Zusatzleistungen, zum Beispiel für größere oder besser ausgestattete Zimmer und gesondert berechenbare Investitionsaufwendungen der Pflegeheime. Die Vergütung der Heime ist dabei in allen neuen Bundesländern unterdurchschnittlich. Die geringsten Kosten in der Pflegeklasse III errechneten sich für Sachsen mit monatlich 2 158 EUR, die höchsten für Nordrhein-Westfalen mit 3 010 Euro und Hamburg mit 2 979 Euro. Die Pflegeversicherung bezahlt für vollstationäre Dauerpflege bundesweit in der Pflegestufe III (ohne Härtefallregelungen) monatlich 1 432 Euro, in der Pflegestufe II 1 279 Euro und in der Pflegestufe I 1 023 Euro. Zur Finanzierung der darüber hinausgehenden Pflegeheimkosten müssen die Betroffenen eigene finanzielle Mittel aufwenden oder auf Sozialleistungen, wie die Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe oder die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, zurückgreifen. Weitere Ergebnisse der Pflegestatistik enthält der neue „4. Bericht Pflegestatistik 2003 – Ländervergleich Pflegeheime“, der im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/allg/d/veroe/d_pflege99.htm kostenfrei abgerufen werden kann.

Pflegende Angehörige. Auf der Website www.menschenpflegen.de des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland Pfalz finden sich umfangreiche Informationen rund um das Thema „Zu Hause pflegen“. So wird beispielsweise ein „Informationskoffer“ als praktische Alltagshilfe für alle, die in Familie, Nachbarschaft oder Gemeinde Verantwortung für die Pflege älterer Menschen übernehmen haben, angeboten. Er soll den Angehörigen und Nachbarn auch helfen, im Bedarfsfall die richtige professionelle Unterstützung in An-

spruch zu nehmen. In ihm enthalten ist unter anderem der Familienratgeber des Ministeriums mit Informationen zu den wichtigsten Themenfeldern der Pflege, der auch einzeln abrufbar ist. Die genannten Informationsmaterialien sind darüber hinaus kostenlos beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit, Bauhofstr. 9, 55116 Mainz, Tel.: 061 31/16 20 16 erhältlich.

Ärztliche Informationspflicht. Der Bundesgerichtshof entschied im Urteil vom 15. März 2005 (VI ZR 313/03), dass Ärzte ihre Patienten und Patientinnen über verschiedene Behandlungsmethoden aufklären müssen, sofern diese üblich und medizinisch angezeigt sind und sich durch wesentlich andere Risiken und Erfolgsaussichten unterscheiden. Auch während einer laufenden Behandlung ist über Alternativen zu informieren. Unterbleibt eine solche Aufklärung, haften die Medizinerinnen und Mediziner für die Folgen der Behandlung. *Quelle: Das AOK-Forum für Politik, Praxis und Wissenschaft 7-8/2005*

► Jugend und Familie

LRS-Ratgeber für Eltern. Die Broschüre des gemeinnützigen ABI-Aktion Bildungsinformation e.V. informiert über die Lese- und Rechtschreibschwäche (LRS) bei Kindern, die entsprechende Symptome zeigen. Sie enthält unter anderem Hinweise zur Selbsthilfe mit Adressen von Elterninitiativen, Beratungs- und Therapieeinrichtungen sowie von Anbietern von Kursen. Die Broschüre umfasst 310 Seiten und ist bei ABI-Aktion Bildungsinformation e.V., Alte Poststr. 5, 70173 Stuttgart, Tel.: 07 11/22 02 16 30 gegen eine

Schutzgebühr von 16 Euro inklusive Versandkosten erhältlich. Weitere Informationen finden sich unter www.abi-ev.de im Internet.

Neuorganisation der Jugendarbeit. Dokumentation. Hrsg. Verein für Kommunalwissenschaften e.V. Selbstverlag. Berlin 2004, 50 S., EUR 12,- *DZI-D-7117* Die Kinder- und Jugendarbeit steht unter Veränderungsdruck und ist aufgefordert, sich flexibel an die neuen gesellschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen anzupassen. Vor diesem Hintergrund hielt der Herausgeber einen offensiven Erfahrungsaustausch zwischen Expertinnen und Experten der öffentlichen und freien Träger und der begleitenden Wissenschaft für angebracht. Im Mittelpunkt des Workshops stand die Entwicklung von Konzepten in Bezug auf Trägerautonomie, Versorgungsverantwortung, Ganztagsangebote, Öffentlichkeitsarbeit, Finanzierungsmodelle und vieles andere mehr. Es wurden Beispiele gelungener Praxis vorgestellt und die Teilnehmenden aus Wissenschaft und Praxis verfolgten das Ziel, gemeinsam darüber nachzudenken, welche Strukturen und Elemente zukünftig für eine funktionierende Jugendarbeit von Bedeutung sein werden. Bestellschrift: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Postfach 12 03 21, 10593 Berlin

7. Familienbericht. Die Expertenkommission, die im Auftrag der Bundesregierung den siebten Familienbericht erstellt hat, plädiert für höhere Zeitressourcen für Familien, ein Elterngeld als Lohnersatz sowie für eine Familienkasse,

die alle familienbezogenen Leistungen bündelt. Das 500-Seiten-Werk ist das Ergebnis zweijähriger wissenschaftlicher Arbeit und zahlreicher Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Kirchen, Wirtschafts- und Familienverbänden. Entsprechend kritisch ist die Bestandsaufnahme der familienpolitischen Lage ausgefallen. „Zum ersten Mal werden Trends und Perspektiven für Familien in Deutschland im internationalen Vergleich bewertet“, erläutert die Familiensoziologin Helga Krüger, Mitglied der Expertenkommission. Sie ist eine der sieben Fachleute, die unter Leitung des Familienforschers Hans Bertram den Bericht erstellt haben. „Insbesondere das dänische Familienmodell könnte hier Vorbildfunktion haben. Neu ist auch, dass die Lebenslaufperspektiven von Frauen und Männern in den Mittelpunkt gestellt werden.“ Im Familienbericht werden die Aspekte Geschlechterverhältnis, Generationenkonflikt, Ökonomie, Infrastruktur und Freizeit aus familienpolitischer Sicht analysiert und mit Empfehlungen der Expertinnen und Experten dargestellt. *Quelle: Universität Bremen, Pressemitteilung Nr. 258 vom 12. August 2005*

Inobhutnahme Minderjähriger. Im Jahr 2004 wurden in Deutschland 25 700 Kinder und Jugendliche von Jugendämtern in Obhut genommen, der Anteil der Mädchen lag bei 56 %. Eine Inobhutnahme ist eine kurzfristige Maßnahme der Kinder- und Jugendhilfe zum Schutz von Minderjährigen. Jugendämter nehmen diese auf deren eigenen Wunsch oder auf Initiative der Polizei oder der Erziehenden in Obhut und bringen sie – meist für Stunden oder einige Tage – in einer geeigneten Einrichtung unter. Anlass für die Inobhutnahme war in 37 % der Fälle eine Überforderung der Eltern, in 21 % Vernachlässigung beziehungsweise Anzeichen für Misshandlung oder sexuellen Missbrauch, in 8 % Kriminalität und in 7 % der Fälle Integrationsprobleme im Heim oder der Pflegefamilie. 61 % der in Obhut genommenen Kinder und Jugendlichen waren älter als 14 Jahre. Weitere Informationen finden sich im Internetangebot „Statistikshop“ unter www-ec.destatis.de mit dem Stichwort „Inobhutnahmen“. Weitere Auskünfte erteilt das Statistische Bundesamt, Zweigstelle Bonn, Frau Heike Heilmann, Tel.: 018 88/644-81 51, E-Mail: jugendhilfe@destatis.de *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 26. Juli 2005 – 309/05*

Medienerziehung im Kindergarten. Mit dem „Prix Jeunesse-Kindergartenkoffer“ steht eine Auswahl internationaler Kinderfernsehprogramme zur medienpädagogischen Arbeit im Kindergarten zur Verfügung. Der Koffer enthält sechs kurze Filme aus Deutschland, den Niederlanden, Brasilien und der Mongolei, Erzieherinnen und Erzieher finden Arbeitsmaterial mit Übungs- und Spielvorschlägen. Die Sendungen können gezielt für die Förderung von Basiskompetenzen wie Akzeptanz von Andersartigkeit, Problemlösefähigkeit, Selbstwertgefühl, Kreativität und moralische Urteilsbildung eingesetzt werden. Die Arbeitsmaterialien wurden in Übereinstimmung mit dem Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan erstellt, der ab 1. September 2005 in allen bayerischen Tageseinrichtungen für Kinder bis zur Einschulung eingeführt wird. Der „Prix Jeunesse-Kindergartenkoffer“ kann für die Dauer von vier Wochen kostenfrei entliehen werden. Kontakt: „Prix Jeunesse International“, c/o Bayerischer Rundfunk, Rundfunkplatz 1, 80300 München, Tel.: 089/59 00 20 58, Fax: 089/59 00 30 53.

Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 425.05

Arbeits- und Orientierungshilfe für den Bereich der Amtsvormundschaften und -pflegschaften. Aus der im Laufe der Jahre entstandenen Vielfalt von Leistungs- und Anforderungsprofilen, Empfehlungen sowie Arbeitsorientierungen in den Jugend- und Landesjugendämtern entstand die Notwendigkeit eines gemeinsamen, einheitlichen Arbeitspapiers. Es ist nach eingehenden Beratungen in den Gremien auf der Homepage der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter www.bagljae.de unter dem Link „Stellungnahmen“ veröffentlicht. Die Arbeits- und Orientierungshilfe stellt die fachliche Umsetzung der Aufgaben vor dem Hintergrund des gesetzlichen Auftrags zur Qualifizierung einer fachlichen und rechtmäßigen Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen in einer besonderen Lebenssituation dar. Insbesondere die mit der weiteren Qualitätsentwicklung verbundenen Aspekte beinhalten Potenziale, die es zukünftig noch zu erschließen gilt. Die Entwicklungen in diesem Arbeitsfeld werden zu beobachten und weiterhin kontinuierlich auszutauschen sein. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Landesjugendamts vom 19.8.2005*

► Ausbildung und Beruf

Fernstudiengang „Management von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen“. Die Technische Universität Kaiserslautern bietet in Kooperation mit der Privaten Universität Witten/Herdecke gGmbH im Wintersemester 2005/2006 einen viersemestrigen, postgradualen Fernstudiengang „Management von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen“ an. Er baut auf dem an der TU Kaiserslautern bisher etablierten, gleichnamigen zweisemestrigen Fernstudium auf und vermittelt Inhalte zum strategischen Management, Ressourcenmanagement, Change Management und insbesondere zum Qualitätsmanagement. Voraussetzung für die Zulassung ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium (Universität oder Fachhochschule) gleich welcher Fachrichtung sowie der Nachweis einer einjährigen Berufstätigkeit nach dem Erststudium spätestens bis zur Anmeldung der Masterarbeit. Zurzeit schließt das Studium noch mit einem benoteten Hochschulzertifikat ab, der Master befindet sich im Akkreditierungsverfahren. Der Studiengang ist zulassungsbeschränkt. Information und Anmeldung: TU Kaiserslautern, ZFUW, Postfach 3049, 67653 Kaiserslautern, Tel.: 06 31/205-49 25, Fax: 06 31/205-49 40, E-Mail: zfuw@rhrk.uni-kl.de, Internet: www.zfuw.de

Master of Arts: Schwerpunkt Familie. Die Fachhochschule Potsdam bietet ab dem Sommersemester 2006 einen berufsbegleitenden Masterstudiengang mit dem Schwerpunkt Familie an. Das Angebot richtet sich an Fachkräfte der Sozialen Arbeit mit mindestens einjähriger Berufserfahrung. Es qualifiziert für die unterschiedlichsten Aufgaben der familienbezogenen Sozialarbeit. Das Bearbeiten familiärer, psychosozialer Konfliktlagen erfordert Einsichten in familiäre Strukturen und vernetztes Denken und Handeln. Deshalb bildet dieser Studiengang interdisziplinär und methodenübergreifend aus. Zwei Drittel der Regelstudienzeit entfallen auf ein angeleitetes Fernstudium, zu einem Drittel sind Präsenzveranstaltungen vor Ort zu

besuchen. Die Studienzeit beträgt 2,5 Jahre, Studiengebühren fallen nicht an. Informationen unter www.fh-potsdam.de oder Tel.: 03 31/580-11 15.

Bachelor of Nursing. Das Konzept. Von Margarete Reinhart und Anja Kistler. transfer project an der Evangelischen Fachhochschule Berlin. Selbstverlag. Berlin 2004, 172 S., EUR 25,- *DZI-D-7120*

Diese Dokumentation zur Studiengangentwicklung des pflegeberuflich erstauszubildenden Studiengangs Bachelor of Nursing an der Evangelischen Fachhochschule Berlin stellt der Fachöffentlichkeit die Materialien zur Verfügung, die in der Erarbeitungs- und Beantragungphase dieses Vorhabens in den Jahren 2000 bis 2003 von den Projektverantwortlichen erstellt worden sind. Der Studiengang gewann seine Gestalt im Diskurs mit der berufszulassenden Behörde und der Wissenschaftsbehörde im Land Berlin sowie mit den Ausbildungsstätten der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege und den Vertretungen der Pflegeberufe. Als duales Hochschulstudium vereinigt der Studiengang die wissenschaftlichen Anforderungen an einen Bachelorstudiengang und die berufsgesetzlichen Anforderungen, die für die Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung Gesundheits- und Krankenpflegerin beziehungsweise -pfleger bindend sind. Mit der Veröffentlichung wollen die Verfasserinnen einen Beitrag zur Diskussion um die akademische Pflegeausbildung in Deutschland leisten und zugleich aufzeigen, wie ein Schritt zur Angleichung der deutschen Pflegeausbildung an europäische Standards gemacht werden kann. Bestellschrift: Evangelische Fachhochschule Berlin, transfer project, Postfach 37 02 55, 14132 Berlin, Tel.: 030/845 82-275, Fax: 030/ 845 82-452 E-Mail: reinhart@evfh-berlin.de

Akademiekurs Sozialplanung. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge wendet sich mit seinem Weiterbildungsangebot an Fachkräfte der Sozialplanung sowie an Fachplanerinnen und -planer der Kinder- und Jugendhilfe, der Alten- und der Behindertenhilfe. Der Kurs soll die Kenntnis von Methoden, Instrumenten, Modellen und Konzepten der Sozialplanung vertiefen. Die Teilnehmenden können sich an idealtypischen Planungsverläufen orientieren und lernen, Sozialplanung in ihren Organisationen als wichtiges Steuerungsinstrument zu präsentieren. Die Weiterbildung, die in der Bildungsstätte Steinbach/Taunus stattfindet, beginnt im November 2005 und endet im Februar 2007. Sie erstreckt sich über sechs Kursblöcke mit jeweils fünf Tagen. Information und Anmeldung: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstr. 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/62 98 02 07, Fax: 030/62 98 02 05, E-Mail: witt@deutscher-verein.de

Tagungskalender

19.-21.10.2005 Bergisch Gladbach. Tagung: Hartz und die Folgen – Erfahrungen und Perspektiven. Information: Zentralverband sozialer Heim- und Werkstätten e.V., Karlstr. 40, 79104 Freiburg, Tel.: 0761/20 03 05, Fax: 0761/20 03 50, E-Mail: gf@zhw.de

20.10.2005 Stuttgart. Fachtag: Kinder als Opfer und Zeugen häuslicher Gewalt. Anmeldung: Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Baden-Württemberg, Haußmannstr. 6, 70188 Stuttgart, Tel.: 07 11/215 51 72, Fax: 07 11/215 52 15, E-Mail: koerberlein@paritaet-bw.de

20.-21.10.2005 Berlin. Fachtagung: Gewaltfreie Erziehung. Information und Anmeldung: Kongressbüro neues handeln GmbH, Theodor-Heuss-Ring 52, 50668 Köln, Tel.: 02 21/16 08 20, Fax: 02 21/16 08 224 E-Mail: gewaltfrei@neueshandeln.de

4.-8.11.2005 Trier. Seminar: Konflikt als Chance – Störungen und Konflikte in Gruppen, Teams und Gremien als Chance entdecken und nutzen. Information und Anmeldung: Katholische Akademie Trier, Postfach 23 20, 54213 Trier, Tel.: 06 51/810 52 32, Fax: 06 51/810 54 34 E-Mail: ressort.beruf@bgy-trier.de

7.-10.11.2005 Eisenach. Forum: Schule und Erziehung. Schwierige Schülerinnen und Schüler. Erprobte Konzepte. Information: Evang. Erziehungsverband e.V. (EREV), Flüggestr. 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81 11, Fax: 05 11/39 08 81 16, E-Mail: c.schaper@erev.de

9.11.2005 Dortmund. Kongress: Häusliche Pflege Dialog 2005. Information: Vincentz Network, Schiffgraben 43, 30175 Hannover, Tel.: 05 11/991 01 75, Fax: 05 11/991 01 99, E-Mail: veranstaltungen@vincentz.net Internet: www.vincentz.net

9.-10.11.2005 Tutzing. Gemeinsame Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing mit dem Bundesfamilienministerium und dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln: „Demographischer Wandel – Die Herausforderung annehmen und gestalten.“ Information und Anmeldung: www.ev-akademie-tutzing.de

16.-18.11.2005 Burg Rieneck. Tagung: 23. Praktikertreffen der Bundesarbeitsgemeinschaft für ambulante Maßnahmen nach dem Jugendrecht. Information und Anmeldung: DVJJ, Geschäftsstelle, Frau Marion Tschertner, Lützerodestr. 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36 40, Fax: 05 11/318 06 60, Internet: www.dvjj.de